

Dr. Kajo Schukalla
Markweg 38
48147 Münster
kajo.schukalla@gmail.com

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker
Regionalgruppe
Münster

Münster, 13. Januar 2026

Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

im neuen Jahr einen herzlichen Gruß mit einigen Informationen, Anmerkungen zu aktuellen Konflikten, Presseerklärungen, Ausstellungs- und Veranstaltungshinweisen und leider auch wieder Nachrufen.

Ihnen und euch Mut und Engagement in menschenrechtspolitisch herausfordernden Zeiten.

Kajo Schukalla

➤ **Das Jahr 2026 hat ja heftig begonnen.** Am 3. Januar kidnappte das US-Militär mit der Operation „Absolute Resolve“ in **Venezuela** Nicolas Maduro und seine Ehefrau mit der Begründung „War on Drugs“ und tötete dabei rund 100 Leibwächter, Soldaten wie auch Zivilisten. Dem illegitimen Präsidenten weine ich sicherlich keine Träne nach, gleichzeitig empört mich aber das Geschwurbel einiger deutscher Politiker, die Militäraktion sei völkerrechtlich „komplex“. Nein, sie war eindeutig völkerrechtswidrig, verstieß sie doch gegen das Gewaltverbot nach der UN-Charta Art. 2 Abs.4, da weder ein UN-Mandat noch eine Selbstverteidigung vorlag. Die wahren Motive des US-Präsidenten Donald Trump wurden von ihm auch deutlich formuliert: Öl, Gewinn und politische Kontrolle des Landes.

Unser Referent und Südamerika-Experte Jan Königshausen schrieb dazu in einer Pressemitteilung vom 5.1.2026: *Die GfbV betont ausdrücklich, dass schwere Menschenrechtsverletzungen, politische Repressionen und die autoritäre Regierungsführung durch Maduro in Venezuela nicht relativiert werden dürfen. Gleichwohl rechtfertigten sie weder einen militärischen Angriff noch die gewaltsame Verschleppung eines politischen Amtsträgers. „Wer internationale Normen missachtet, um einen unliebsamen Gegner zu beseitigen, zerstört genau jene Ordnung, auf die sich Schutz und Rechtssicherheit für Zivilbevölkerungen weltweit stützen“, so Königshausen.*

Kurz darauf erneuerte US-Präsident Trump auch seine Forderungen nach **Grönland - Kalaallit Nunaat** – und schloss erneut wirtschaftliche und militärische Maßnahmen nicht aus. Die Inuit in Grönland sind mit den zirkumpolaren Völkern auch menschenrechtspolitisch gut vernetzt und wissen sehr genau, wie die USA mit den indigenen Völkern in Alaska (Alaska Natives) umgehen, den Inuit, Inupiat, Yupik, Aleuten oder den American Indians wie Athabaskan, Tlingit oder Haida. Diese Verhältnisse können sich die Grönländer nicht wünschen. Sie sind auch nicht käuflich! Von Deutschland und Europa sind jetzt deutliche Aussagen und eine unzweideutige Solidarität mit Grönland und Dänemark gefordert.

In diesen Tagen erschrecken uns besonders auch die Nachrichten aus dem **Iran**. Bei den anhaltenden Protesten gegen das Mullah-Regime wird aktuell von 2000 Toten und etwa 11.000 Festnahmen berichtet. Bei den Internetabschaltungen, der massiven Einschüchterung und der Verweigerung der Herausgabe der Leichname ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Bereits nach der Ermordung Jina Mahsa Amini im September 2022 wurden bei den Protesten unter dem Motto „Frau, Leben, Freiheit“ 550 Menschen von Sicherheitskräften getötet und über 20.000 verhaftet.

Praktische Solidarität ist derzeit von hier aus schwierig, eine deutliche Reaktion der Staatengemeinschaft umso notwendiger.

Diese aktuellen Entwicklungen haben die anhaltenden humanitären Katastrophen, Kriege und Konflikte aus Medien und öffentlicher Wahrnehmung weitgehend verdrängt.

Die Lage in **Darfur und Sudan** ist unverändert schlimm, das Leid der Menschen in **Gaza** und Teilen von **Syrien** kaum beschreibbar. Im möglichen Rahmen wirkt auch von Münster aus die deutsch-sudanesischen Darfur-Hilfe.

Auch in **Myanmar** (Burma) finden weiterhin schwere Kämpfe zwischen der Junta und Oppositions- bzw. Rebellengruppen statt. Trotz des Krieges mit ungezählten Opfern und seit 2021 über drei Millionen Vertriebenen lässt Juntachef Min Aung Hlang offenkundig manipulierte Wahlen durchführen, die zweite Phase wurde vorgestern gestartet.

Und bei uns in Europa geht der Großkrieg Russlands gegen die **Ukraine** bald ins fünfte Jahr (Großangriff am 24. Februar 2022; bereits 2014 Annexion der Krim und Kämpfe im Donbas). Die politische, wirtschaftliche und auch militärische Unterstützung darf seitens Europas nicht nachlassen, auch wenn die USA unter Donald Trump keine verlässlichen Partner mehr sind und ja sogar mit ihren Grönland-Ansprüchen den NATO-Partner Dänemark faktisch bedrohen.

In diesen Tagen hat Donald Trump zudem angekündigt, die USA aus 66 weiteren **internationalen Organisationen** zurückzuziehen, besonders aus den Bereichen Umweltpolitik und Klimaschutz, so auch aus dem Weltklimarat IPCC, den Bereichen Geschlechtergerechtigkeit, Bildung, sowie Förderung von Demokratie, Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit. US-Außenminister Marco Rubio begründete die Entscheidung mit dem vielsagenden Argument, die entsprechenden Institutionen seien „überflüssig“, „schlecht verwaltet“ und liefen den Interessen der USA zuwider.

In unserer Menschenrechtsarbeit haben wir es zumeist mit Verbrechen und Vergehen abseits der weltpolitischen Bühne zu tun, mit Vertreibungen, Diskriminierungen, Assimilationspolitik gegenüber oft zahlenmäßig kleinen ethnischen und religiösen Minderheiten und indigenen Völkern.

In unseren Pressemitteilungen und unserer **Fachzeitschrift „Für Vielfalt“** (Übrigens ist sie auch wieder in der Buchhandlung im Hauptbahnhof zu kaufen!) berichten wir ständig darüber.

➤ In **Münster** wurde das Jahr bereits mit einigen **Veranstaltungen** mit Menschenrechtsbezug eröffnet.

Das **Käte Hamburger Kolleg Münster** an der Universität mit dem Schwerpunkt „Einheit und Vielfalt im Recht“ organisierte unter dem Titel „Stoßen die Menschenrechte in Europa an Grenzen?“ am 8.1. eine öffentliche Podiumsdiskussion im LWL-Museum für Kunst und Kultur.

In seltener Klarheit sprachen Rechtsanwalt Carsten Gericke vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und die Professorinnen Ulrike Krause (Politikwissenschaft, Uni Münster), Anna Katharina Mangold (Europarecht, Uni Flensburg) und Nora Markard (Internat. u. Öffentl. Recht u. Internat. Menschenrechtsschutz, Uni Münster) über die verschärfte Migrationspolitik über Grenzsicherungen und fortgesetzte Verstöße gegen geltendes EU-Recht.



Am vergangenen Wochenende veranstaltete die **AG Eine Welt**, in der auch die GfV-Münster mitarbeitet, im und mit dem Hitze-Haus die Jahrestagung Entwicklungspolitik, diesmal unter dem Motto „Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit – Zivilgesellschaft in autoritären Zeiten“ (9.-11.1.2026). Teilnehmende aus Westfalen, dem Ruhrgebiet und dem Rheinland hörten Vorträge und beteiligten sich an Workshops. Ich selbst konnte viele Anregungen aus den Workshops „Demokratie und Frieden verteidigen“ mit Prof. Dr. Heinz-Günther Stobbe (Justitia et Pax) und „Frauenrechte und Demokratie im Iran“ mit Dr. Dr. Haila Manteghi Amin (Uni Münster) mitnehmen.

Ein Hauptanliegen dieser Jahrestagungen ist neben der Vernetzung auch die Motivationstärkung, die gerade in diesen Zeit mit vielen frustrierenden Nachrichten bitter notwendig ist. Diese Tagung war auch in dem Sinn ein Erfolg.

➤ Einladen darf ich auch als Mitglied im EWF-Sprecherrat alle Aktiven in der Eine-Welt- und Menschenrechtsarbeit zum **Neujahrsempfang des Eine-Welt-Forum am kommenden Sonntag, (18.1.2026)** um 11 Uhr ins Café Weltbühne in der Evangelischen Studierendengemeinde (ESG, Breul 43, 48143 Münster; gegenüber dem Buddenturm). Um Anmeldung per Mail wird gebeten an klaus.b2964@posteo.de

Ich würde mich freuen, viele von Ihnen und euch dort wiederzusehen.

➤ Derzeit werden in Münster mehrere **Ausstellungen** gezeigt, die ich sehr empfehle:

Bis zum 6. Februar zeigt die Volkshochschule die Sonderausstellung

➤ **Bittere Orangen – Moderne Sklaverei in Europa**



Im Winter ist Orangenzeit, denn Orangen brauchen Kälte. Aber wer erntet sie eigentlich, damit wir sie genießen können? Die kostenlose [Ausstellung](#) „Bittere Orangen“ zeigt im Foyer der vhs vom 9. Januar bis 6. Februar Eindrücke von den Lebensbedingungen der Menschen, die diese Orangen ernten. Zu der Ausstellung gibt es Begleitveranstaltungen wie eine Filmvorführung und einen Kochkurs. Für Schulklassen gibt es außerdem gesonderte Führungen.

Bild oben: Ein Erntearbeiter auf einer Orangenplantage in Kalabrien.
Fotomotiv von Gilles Reckinger.

„Europa“ – für viele Geflüchtete ein erhoffter Zukunftsort. Für jene, die über Lampedusa nach Italien gelangen und in Kalabrien auf Orangenplantagen arbeiten, wird diese Hoffnung bitter enttäuscht. Die Ausstellung „Bittere Orangen“ basiert auf einer 13-jährigen Feldforschung von Prof. Dr. Gilles Reckinger in den Slums in der Ebene von Gioia Tauro in Kalabrien an der Südspitze Italiens. Im Zentrum stehen 106 Fotografien, die die Arbeiter selbst mit Digitalkameras und Smartphones aufgenommen haben.

Die Ausstellung ist in der vhs Münster im Foyer im Erdgeschoß, Aegidiistr. 70, zu sehen. Die **Eröffnung** findet am Dienstag, **13. Januar**, um 19 Uhr statt. Neben Grußworten und einem kleinen Empfang wird der Macher der Ausstellung, der Ethnologe und Kulturanthropologe Prof. Dr. Gilles Reckinger, vor Ort sein, um durch die Ausstellung zu führen und Passagen aus seinem gleichnamigen Buch vorzulesen (erschieden 2018, neu aufgelegt und erweitert 2025).

Grußworte bei der Eröffnung

- Bürgermeister*in der Stadt Münster
- Katja Breyer, Oikos-Institut für Mission und Ökumene der Ev. Kirche von Westfalen
- Esther Joy Dohmen, vhs Münster
- Georg Knipping, Kooperationsgemeinschaft Münsteraner Weltläden

Die vhs zeigt die Ausstellung in Kooperation mit den Münsteraner Weltläden und VAMOS e. V. sowie dem BNE-Netzwerk (Führungen).

Begleitete Ausstellungsbesuche für Schulklassen

Im gesamten Ausstellungszeitraum wird es für acht Schulklassen ab Jahrgangsstufe acht die Möglichkeit geben, von einer geschulten Multiplikatorin durch die Ausstellung geführt zu werden.

An folgenden Tagen ist ein Schulbesuch möglich:

- Mittwoch, 14. Januar 2026: Sonderführung mit Gilles Reckinger
- Donnerstag, 15. Januar
- Mittwoch, 21. Januar
- Donnerstag, 22. Januar
- Mittwoch, 28. Januar
- Donnerstag, 29. Januar
- Mittwoch, 4. Februar
- Donnerstag, 5. Februar.

Das Angebot dauert 90 Minuten und ist in der Zeit von 9 bis 12 Uhr buchbar. Anmeldungen erfolgen direkt über die Multiplikatorin Kerstin Borrmann kerstin.borrmann@latienda-weltladen.de. Die Kosten werden von der Stadt Münster getragen, die das Angebot fördert.

Begleitprogramm

Dokumentarfilm "The Pickers" von Elke Sasse

Woher kommen die Südfrüchte und das Gemüse im Supermarkt das ganze Jahr über? Elke Sasse taucht die Kamera ein in ein Meer aus Anbauzelten, die tausende Hektar von Agrarflächen in Europa bedecken und gibt den Menschen ein Gesicht, die diese Früchte ernten. Wohnzimmerkino mit Limo und Popcorn.

Dienstag, 20. Januar, 19 Uhr
Aegidiistraße 70, Foyer 1. OG
Eintritt frei, keine Anmeldung erforderlich

<https://www.stadt-muenster.de/vhs/aktuelles/newsdetail/bittere-orangen-ausstellung-in-der-vhs>

➤ Die **Kunstaussstellung „Menschenrechte“** des Eine-Welt-Forum Münster in Zusammenarbeit mit der Diözesanbibliothek und auch die GfbV, wird **bis zum 6. Februar verlängert**.

Foyer der Diözesanbibliothek Münster

Öffnungszeiten ab Donnerstag, 11. Dezember 2025: Montag – Freitag 9 bis 18 Uhr, geschlossen vom 22. Dezember 2025 – 2. Januar 2026

Eintritt frei

Eine Ausstellung mit Skulpturen, Gemälden, Fotoarbeiten und Installationen, in der die [Gruppe „Künstler*innen für Menschenrechte“](#) verschiedene Facetten der Verweigerung von Menschenrechten – in Deutschland und weltweit thematisiert:

- dort, wo Krieg herrscht
- dort, wo Menschen auf der Flucht Station machen
- dort, wo Menschen Schutz finden, aber selten volle Anerkennung erhalten
- dort, wo Menschen und Regierende anfangen, eine Gesellschaft zu spalten, Hass gegen andere Menschen schüren.

Menschen sind offenbar nicht „frei und gleich an Würde und Rechten“ – nirgendwo. Mit ihren Arbeiten erinnern die Künstler*innen daran, dass alle Menschen – überall – dazu aufgerufen sind, sich „für das Recht aller Menschen auf ein Leben in Freiheit und Würde einzusetzen“.



Kooperationspartner

vhs Münster | Arabisch-deutscher Literaturkreis – ArDeLit | Afrikanische Perspektiven e.V. | Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.

Midissage am Freitag, 23. Januar 2026, um 16 Uhr

Die Künstlerin Angelika Nette (Gruppe „Künstler*innen für Menschenrechte“) führt durch die Ausstellung und steht zum Gespräch zur Verfügung.

Begleitprogramm

Zur Ausstellung gibt es ein regelmäßiges Begleitprogramm: „30 Minuten Kunstpause“ – Führungen, Lesungen oder Gespräche über Kunst, Menschenrechtsarbeit jeden Donnerstag um 12.30 Uhr:

die nächsten Begleitveranstaltungen, KUNSTPAUSEN

15.1.2026 Dr. Susanne Eichler (vhs Münster): Kann/soll Kunst Leid erfahrbar machen?

22.01.2026 Ismet Nokta (Arche Noah Münster e.V./EWF e.V.): Hilfe für Eziden Maurice Allarabaya Dajamit der Kindé, einer westafrikanische Harfe, bei der Vernissage

29.01.2026 Amina Diehl und Dr. Geert Franzenburg (Ev. Forum Münster e.V.): Erlitten und erzählt - Kolonialismus aus Opfer- und Täterperspektive (moderierte Lesung aus Originaltexten)

5.02.2026 Kateryna Mezhenka (Autorin), Menschenrechte... | HUMAN RIGHTS | ПРАВА ЧЕЛОВЕКА | ПРАВА ЛЮДИНИ (Lesung und Gespräch) zugleich Finissage



Die Bilder: Maurice Allarabaya Dajamit der Kindé, einer westafrikanische Harfe, bei der Vernissage sowie Kurator Georg Schaaf mit dem Referenten Kajo Schukalla bei der Begleitveranstaltung zu Darfur

> Themenraum Kolonialismus

Sonderausstellung im Stadtmuseum Münster

bis 15. Februar 2026

Der Themenraum Kolonialismus ist das Ergebnis der intensiven Zusammenarbeit von 15 Kultur- und Bildungseinrichtungen auf Anregung des Stadtmuseums Münster, des Historischen Seminars und des Instituts für Didaktik der Geschichte der Universität Münster. Alle Kooperations-



partner laden Sie ein, Teil dieser wichtigen Auseinandersetzung zu werden und gemeinsam mit uns die Geschichte des deutschen Kolonialismus in Münster und ihre Auswirkungen zu überdenken. Zwischen 1884 und 1918 besaß das Deutsche Kaiserreich Kolonien in Afrika, China und dem pazifischen Raum. Auch in Münster hatten viele Menschen direkten oder indirekten Nutzen aus der Unterdrückung und Ausbeutung der kolonialisierten Regionen gezogen. Der koloniale Blick, der Menschen in den Kolonien als minderwertig einstufte, hat bis heute Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Die Ausstellung verfolgt zwei zentrale Ziele: Zum einen wird aufgezeigt, wie sich dieser koloniale Blick speziell in Münster entwickelt hat. Zum anderen ermöglicht der Themenraum Kolonialismus vielfältige Perspektiven und aktuelle Stimmen, um das koloniale Erbe und den Umgang damit kritisch zu reflektieren.

Begleitveranstaltung

„Geschichte in vier Gemälden – Der Kolonialismus und sein Erbe“

Im Stadtmuseum Münster betrachten wir vier von Naseer Alshabani umgesetzte Gemälde und diskutieren darüber, was der Kolonialismus mit der Gegenwart zu tun hat.

Referent ist Serge Palasie, Fachpromotor Entwicklungspolitische Bildungsarbeit Fokus Afrika beim Eine Welt Netz NRW.

Freitag, 6. Februar 2026, 16:00 Uhr, Salzstraße 28, 48143 Münster (Themenraum Kolonialismus).

Die im Stadtmuseum **ausgestellten Originale sind nur noch für kurze Zeit zu sehen**. Sie befassen sich unter anderem mit den kolonialen Wurzeln einer vielfach unfairen Weltwirtschaft, von Flucht und Migration sowie Klimaungerechtigkeit. Auch das Thema Raubgüter aus kolonialen Kontexten wird in einem der Gemälde aufgegriffen.

Kontakt: Serge Palasie, Fachpromotor Entwicklungspolitische Bildungsarbeit Fokus Afrika Eine Welt Netz NRW e.V., Haroldstr. 14, 40213 Düsseldorf

Tel: 0211-41749994, Mobil: 0151-41206414

Mail: serge.palasie@eine-welt-netz-nrw.de

www.eine-welt-netz-nrw.de

> Zur Lage der **Yeziden / Eziden / Jesiden**

In einem **offenen Brief** schrieb unser GfbV-Mitstreiter **Ismet Nokta** am 8.1.2026:

Das Netzwerk Ezidischer Politiker (NEP) verfolgt mit großer Besorgnis die aktuellen Entwicklungen in Syrien. Wir stellen schwere Menschenrechtsverletzungen und gezielte Verfolgungen durch Kräfte fest, die der Regierung von Ahmed Al-Shara angeschlossen sind. Diese richten sich gegen das kurdische Volk im Allgemeinen, die jesidische Gemeinschaft im Besonderen sowie gegen andere nationale und religiöse Minderheiten in den Stadtteilen Ashrafiyeh und Sheikh Maqsood in Aleppo.

Berichte über Tötungen, Einschüchterungen und Angriffe auf Zivilisten aus ethnischen und

religiösen Gründen sind alarmierend. Solche Handlungen verstoßen eindeutig gegen das humanitäre Völkerrecht, die Genfer Konventionen und die Grundsätze des Minderheitenschutzes. Sie erinnern an frühere Gräueltaten gegen Gemeinschaften in Syrien, darunter Aleviten und Drusen, und verdeutlichen die Gefahr fortgesetzter Straflosigkeit. Die Eziden, die international für den erlittenen Völkermord durch den IS im Jahr 2014 bekannt sind, sehen diese Entwicklungen mit großer Sorge. Wir befürchten, dass das Schweigen der internationalen Gemeinschaft, die Schwächung präventiver Mechanismen und die Priorisierung politischer Interessen über Menschenrechte den Weg für neue Massaker ebnen könnten.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir an die internationale Gemeinschaft und fordern:

- Eine klare und unmissverständliche politische Positionierung der Bundesregierung, der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten, verbunden mit einer öffentlichen Verurteilung dieser Verstöße.
 - Die Ausübung wirksamen diplomatischen Drucks auf die syrische Regierung, um alle Militäroperationen gegen Zivilisten in Ashrafiyeh und Sheikh Maqsood unverzüglich zu beenden.
 - Die Entsendung unabhängiger internationaler Untersuchungskommissionen zur Dokumentation der Verstöße und zur Sicherstellung der Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen.
 - Die Einrichtung wirksamer Schutzmechanismen für Zivilisten, insbesondere für religiöse und ethnische Minderheiten, um die Wiederholung von Völkermord und ethnischen Säuberungen zu verhindern.
 - Die Verknüpfung jeglicher politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der syrischen Regierung an die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten.
- Das Schweigen oder bloße symbolische Einwände der internationalen Gemeinschaft würden als stillschweigende Zustimmung wahrgenommen und die Fortsetzung dieser Verbrechen begünstigen. Der Schutz der Kurden, Eziden, Drusen, Aleviten und Christen und anderer Minderheiten in Syrien ist keine rein lokale Angelegenheit, sondern eine internationale moralische und rechtliche Verpflichtung – ein Prüfstein für die Werte, die die freie Welt zu bewahren vorgibt.

Wir möchten mit Nachdruck betonen:

Was sich derzeit in Ashrafiyeh und Sheikh Maqsood ereignet, könnte sich zu einer humanitären Katastrophe entwickeln, wenn nicht umgehend entschlossene Maßnahmen ergriffen werden.

Netzwerk Ezidischer Politiker (NEP)

Deutschland, 8. Januar 2026

Ismet Nokta

GfbV-Regionalgruppe Münster

Experte für Außen- und Sicherheitspolitik

Vorsitzender Arche Noah Münster e.V.

Vorstandsmitglied Eine-Welt-Forum Münster

Die GfbV in Göttingen berichtete zuvor:

Schwere Angriffe auf Kurden in Aleppo

Das syrische Regime zeigt erneut sein Gesicht

Seit dem gestrigen Mittwoch attackiert das islamistische Regime in Damaskus zwei Stadtviertel der nordsyrischen Metropole Aleppo. Das berichtet die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) unter Berufung auf Quellen vor Ort. Demnach werden die Viertel Scheich Maksud und Aschafiye mit schwerer Artillerie, Panzern, Raketenwerfern und Kampfdrohnen beschossen. Mittlerweile sind 300 Häuser in diesen kurdisch bewohnten Vierteln von Aleppo zerstört. „Auf kurdischer Seite gibt es keine schweren Waffen, weil die militärischen Einheiten der SDF ja nach einer Einigung im Frühjahr abgezogen wurden und nur noch leicht bewaffnete Polizei verblieben ist“, erinnerte GfbV-Nahostreferent Dr. Kamal Sido heute in Göttingen. „Die Zivilisten wurden aufgefordert, ihre Häuser und Wohnungen zu verlassen. Insgesamt gibt es nach kurdischen Angaben bereits mindestens acht Tote und 48 Verletzte, darunter auch Frauen und Kinder.“ Das islamistische Regime wird vor allem von der Türkei, Katar und anderen arabischen Golfstaaten unterstützt. Die USA, Deutschland, aber auch Russland unterstützen es ebenfalls, wenn auch weniger offen.

Nach dem versuchten Völkermord an der alawitischen Bevölkerung Syriens im März und an der drusischen Bevölkerung im Süden Syriens im Juli des vergangenen Jahres verstärkte das Regime nun seine Angriffe auf die Kurden: „Die angegriffenen Kurden in Aleppo wurden in den vergangenen Jahren bereits mehrfach vertrieben. Immer wieder mussten sie ihre Wohnorte wechseln, da sie entweder direkt von der türkischen Armee, oder durch von der Türkei unterstützte islamistische Milizen angegriffen wurden“, erklärte Sido. „Vor diesem Hintergrund warnen wir immer wieder davor, das kriminelle Regime in Damaskus als relativ harmlose Alternative zu Assad zu betrachten: Weder die deutsche Politik, noch deutsche Medien dürfen diesen Fehler machen.“

So wurde die GfbV vor einigen Tagen darauf aufmerksam, dass die Akademie der Deutschen Welle plant, den syrischen Propaganda-Minister Dr. Hamza Al-Mustafa zu einem Gespräch einzuladen. „Dessen sogenanntes Informationsministerium und die Medien, die es kontrolliert, hetzen auf allen Kanälen gegen Kurden, Drusen, Alawiten und andere Gruppen, die die radikal-islamistische Ideologie der Machthaber ablehnen“, berichtete Sido. „Wie haben die Deutsche Welle darum aufgefordert, bei solchen Treffen höchste Vorsicht walten zu lassen. Der oberste Propagandist des Regimes darf keine Plattform bekommen, um seinen Hass zu verbreiten und die Verbrechen der Islamisten zu rechtfertigen.“

Bereits am 19.12.2025 hatte die GfbV berichtet:

Christliche Gemeinschaften in Gefahr

Bedrohung durch politischen Islam ernst nehmen

Kurz vor Weihnachten erneuert die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ihren Appell an die deutsche Politik und die Medien, die Bedrohung durch den politischen Islam besonders für christliche Gemeinschaften, Alawiten/Aleviten, Drusen, Yeziden, Bahá'í, Mandäer und Juden ernst zu nehmen. „Angriffe auf Juden in Australien, auf US-amerikanische Soldaten in Syrien, die massenweise Entführung von Kindern in Nigeria und ein geplanter Angriff auf einen Weihnachtsmarkt in Bayern zeigen, dass der Islamismus eine reale Gefahr für Christen, religiöse Minderheiten sowie das friedliche Zusammenleben verschiedener Ethnien und Religionsgemeinschaften darstellt“, warnte GfbV-Nahostreferent Dr. Kamal Sido heute in Göttingen. „Die Verharmlosung des politischen Islam und der von radikalen Islamisten ausgehenden Gefahren

– durch den US-Präsidenten und große Teile der deutschen Politik und Medien – ist verantwortungslos. Nicht nur christliche Gemeinschaften sind betroffen, sondern die Glaubens- und Meinungsfreiheit insgesamt.“

Die US-Führung habe das Leben eigener Soldaten in Gefahr gebracht, indem sie diese am 14. Dezember im zentralsyrischen Palmyra von Kämpfern der sogenannten Syrischen Armee begleiten ließ. Ein Angehöriger dieser „Armee“ schoss auf US-Soldaten und anderes Personal. „Die USA sprechen von einem IS-Anschlag, um das neue islamistische Regime in Syrien in Schutz zu nehmen. Dabei gehörte der Schütze zu genau diesem Regime. Schätzungsweise 75 Prozent der neuen syrischen Sicherheitskräfte unter Al-Scharaa haben zuvor in den Reihen des IS oder anderer sunnitisch-islamistischer Milizen gekämpft“, erklärte Sido.

„Diese Kämpfer haben ihre Ideologie nach der Machtübernahme nicht einfach abgelegt. Sie werden weiter von den islamistischen Machthabern der Türkei und des Emirates Katar unterstützt und handeln im Sinne dieser sunnitischen Islamisten“, erinnerte Sido. „Die wirklichen Verbündeten des Westens in Syrien gehören nicht zum islamistischen Regime in Damaskus. Es sind Kurden, Alawiten, Drusen und arabisch-sunnitische Demokraten. Diese Gruppen kämpfen für eine Trennung von Staat und Religion sowie für Glaubens- und Meinungsfreiheit. Sie sind damit die einzige Hoffnung für die wenigen Christen im Nahen Osten, die noch nicht von den Islamisten verdrängt wurden – und für diejenigen, die sich nach einer Rückkehr in ihre Heimat sehnen.“

Am 12.1.2026 schrieb die GfbV:

Neue Gräueltaten gegen die Kurden in Syrien

GfbV ruft zu Mahnwache in Berlin auf – Bundesregierung muss Verbrechen verurteilen

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ruft die deutsche Bundesregierung auf, die Gräueltaten gegen Kurden in Aleppo, die vom syrischen Regime verübt wurden, zu verurteilen. „In Aleppo wurde die kurdische Bevölkerung gezielt angegriffen. Menschen wurden lebendig aus hohen Stockwerken heruntergeworfen. Krankenhäuser wurden angegriffen und Menschen, die sich in ihren Wohnungen oder in Krankenhäusern aufhielten, wurden hingerichtet. Einige dieser Menschen habe ich persönlich gekannt und im April 2025 besucht. Unter ihnen waren Ärzte, Apotheker und Polizeikräfte, die für die Sicherheit der Menschen sorgten. Ihr einziges Verbrechen war, dass sie in ihrer Heimat frei leben wollten. Dafür werden sie vom syrischen Regime getötet, verletzt oder vertrieben“, berichtete der GfbV-Referent Dr. Kamal Sido heute in Göttingen.

Die Menschenrechtsorganisation unterstützt die friedlichen Proteste der Kurden, Alawiten und Drusen im Exil, die seit Tagen gegen die Gräueltaten des islamistischen Regimes in Syrien protestieren, und ruft zu einer **Mahnwache in Berlin** auf. Am Dienstag, **20. Januar 2026, wird die GfbV von 13 bis 14 Uhr am Brandenburger Tor (Pariser Platz)** auf die aktuellen Verbrechen des Regimes in Syrien aufmerksam machen und dem achten Jahrestag des völkerrechtswidrigen Angriffs der Türkei auf die nordsyrische kurdische Region Afrîn (20. Januar 2018) gedenken.

„Wir fordern Politik und Medien auf, die andauernde Besatzung Afrîns und die neuen Verbrechen gegen die Kurden zu verurteilen. In den vergangenen Tagen hat das islamistische Regime in Damaskus mit Unterstützung der Türkei und mit stillschweigender Duldung durch die USA und Deutschland wieder Hunderttausende Kurden vertrieben und an ihnen schwerste Verbrechen begangen. Viele von ihnen stammen aus Afrîn und wurden in den vergangenen

Jahren bereits mehrmals von der Türkei und von ihr unterstützten islamistischen Milizen vertrieben. Nun sind sie erneut auf der Flucht. In ihre Heimat können sie nicht zurückkehren, denn die nordsyrische Region Afrîn ist nach wie vor von der Türkei besetzt. Eines von vielen besetzten Dörfern ist das kurdische Dorf Basilê (Baselhaya), das von den türkischen Besatzern komplett abgeriegelt ist“, so der Menschenrechtler Sido.

„Viele Kurden sind verzweifelt, denn sie glauben, dass sich das islamistische Regime in Damaskus an ihnen rächt, weil sie gegen den „Islamischen Staat“ (IS) sowie andere radikalislamistische Gruppen gekämpft haben und weiterhin kämpfen“, sagt Sido. Das Ausmaß der Verbrechen der Islamisten und die Hetze gegen andere Ethnien und Religionsgemeinschaften seien in der Geschichte Syriens beispiellos. „Nie zuvor wurde blinde Gewalt gegen Nicht-Araber und Nicht-Sunniten in diesem Umfang verübt. Das kriminelle islamistische Regime in Damaskus vollendet nun, was Assad angefangen hat“, so der Nahostreferent und Historiker.

„Die kurdische, alawitische und drusische Bevölkerung Syriens hat Angst, dass die USA, die NATO und auch Deutschland ihr Land den radikalen Islamisten und Dschihadisten überlassen werden, so wie es in Afghanistan geschehen ist. Vieles spricht dafür, dass der Westen die syrischen Islamisten im globalen Wettkampf gegen Russland und China für sich gewinnen will. Die Fakten zeigen jedoch, dass sich das syrische Regime – so wie die Taliban in Afghanistan – mit Russland, China und der NATO arrangiert hat und dies nutzt, um die eigene Macht zu festigen und die Verfolgungsmaschinerie am Laufen zu halten“, sagt der Menschenrechtler, der sich im Frühjahr 2025 vier Wochen in Syrien, unter anderem in Aleppo, aufgehalten hat.

> Nachrufe



Wir trauern um **Manfred Hülsken-Fermer**, Mann genannt, ein Urgestein der Friedensarbeit in Münster. Er starb im Oktober 2025 in Münster im Alter von über 70 Jahren. Von Beruf Grundschullehrer war er schon früh friedenspolitisch engagiert, zeitweilig auch ehrenamtlicher Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK) Münster. Der Menschenrechtsarbeit der Gesellschaft für bedrohte Völker war er häufig verbunden, nahm auch vereinzelt an bundesweiten Regionalgruppentreffen teil. Ein wichtiges Element seines Engagements war der oft gemeinsam geführte Streit um eine angemessene



Gedenkkultur zu den Verbrechen der Kolonialzeit. Im Mittelpunkt stand dabei immer wieder das so genannte Train-Denkmal an der Promenade, mit dem u.a. den deutschen Opfern des Herero-Krieges gedacht wird, nicht aber den Opfern des deutschen Genozids an Herero und Nama. Noch im Oktober hatten wir uns am Rande einer Kolonialveranstaltung zu Namibia für weitere Planungen verabredet, ein Termin, den sein überraschender Tod verhinderte. Teil seines Vermächtnisses bleibt die Umgestaltung dieses Denkmals. Wir werden in seinem Sinne weiterarbeiten. Eine kleine Trauerfeier fand am 13.12.2025 im Kreis seiner Freunde an seinem Urnengrab auf dem Friedhof Lauheide statt.



Wir trauern um **Horst Gärtner**, am 14.10.1935 in Straupitz im Kreis Hirschberg geboren und am 18.12.2025 in Steinfurt verstorben. Viele Jahre arbeitete er als Leiter des Sozialamts in der Stadtverwaltung Münster. Er hatte ein großes Herz für Geflüchtete, da er aus seiner Arbeit um das vielfältige Leid wusste. Nach seiner Pensionierung war er vielfältig ehrenamtlich in der Geflüchtetenarbeit aktiv und dort immer ein bewährter und stets gut informierter Kontakt. Auch beim Straßenmagazin „draußen“ war er lange ehrenamtlicher Mitarbeiter, Jahrzehnte im Vorstand, auch Ehrenvorsitzender. Die Urnenbeisetzung fand am 30.1.2025 in Burgsteinfurt, die Trauerfeier in der St. Johannes-Nepomuk-Kirche statt. Wir werden Horst Gärtner ein ehrendes Gedenken bewahren.

➤ Empfehlend weise ich hier erneut auf unsere Fachzeitschrift „Für Vielfalt“ hin.



Die GfbV-Zeitschrift „Für Vielfalt“ berichtet regelmäßig alle drei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium.

Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970 unter dem Namen „**pogrom**“. Seit 2020 heißt sie „Für Vielfalt“.

„Für Vielfalt“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„Für Vielfalt“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Aktuelle Ausgabe

Sicherheit... und ihre vielen Gesichter!

Sicherheit hat viele Gesichter, ist keine Selbstverständlichkeit und an vielen Orten dieser Erde in Gefahr. Zum Beispiel im mexikanischen Cherán, wo sich die Indigenen selbst gegen verbrecherische Kartelle erhoben haben.

Wie gefährdet insbesondere Menschenrechtler*innen sind, zeigen in dieser „Für Vielfalt“-Ausgabe aktuelle Zahlen und persönliche Geschichten von Männern und Frauen, die nicht in großer Sicherheit über sich verengende Meinungskorridore philosophieren können, sondern ganz faktisch ihr Leben riskieren müssen, um das Schweigen zu brechen.

Diese Menschen gilt es mit Wort und Tat zu unterstützen. Denn, so fasst es der Dokumentarfilmer und Holistic-Security-Trainer Peter Steudtner im Interview zusammen: „Wir spüren gerade alle, dass der Gegenwind schärfer wird. Also lasst uns aufeinander aufpassen ...“

Nummer 349

Ausgabe 04/2025

Seiten 88

Preis 7.90 Euro

<https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/349-sicherheit-und-ihre-vielen-gesichter/>

